

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1851**

1.7.1851 (No. 152)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 1. Juli.

N<sup>o</sup> 152.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einkaufsgebühr: die gepaltene Beitzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1851.

## Die Verhandlung über die Grundrechte in der württembergischen Deputirtenkammer.

Wir haben bereits die Anträge der Kommission mitgetheilt; sie erkennen die rechtliche Gültigkeit der Grundrechte für Württemberg an; zugleich erklären sie, daß Abänderungen derselben notwendig und zulässig seyen, aber nur auf verfassungsmäßigem Wege. Der Bericht der Kommission zählt unter Anderm als entscheidend für die Frage der Gültigkeit derselben für Württemberg folgende Thatsachen auf. a) Die Bekanntmachung des Oktoberrödings vom 28. Okt. 1849 (die Landesverfassung im Sinne der Grundrechte der deutschen Nation weiter zu entwickeln). b) Die kön. Verordnung vom 12. Nov. 1849, betr. die Abänderung der Eidesformel (mitzuwirken zu einer den Grundrechten des deutschen Volks entsprechenden Aenderung der Landesverfassung). c) Die Rede des Ministers bei Eröffnung der ersten verfassungsberatenden Versammlung (eine neue Gründung der Landesvertretung in Vollziehung der Grundrechte). d) Vortrag desselben Ministers über den Entwurf von Abänderungen des 9. Abschnitts der V.-U. am 7. Dez. 1849. (Durch diese Beschränkung soll der Wirksamkeit der als Landesgesetz bezeichneten Grundrechte durchaus nicht zu nahe getreten werden. So weit sie unmittelbar anwendbar sind, stehen sie in anerkannter Gültigkeit etc.) e) Das kön. Manifest aus Anlaß der Auflösung der ersten verfassungsberatenden Versammlung vom 26. Dez. 1849 (die Rechte des Landes und der einzelnen Bürger, welche in den Grundrechten des deutschen Volks begründet sind, werden von Uns eben so geschützt werden, wie die durch die Landesverfassung gewährleisteten Rechtsverhältnisse). f) Die Münchener Aufstellung vom 27. Febr. 1850 (Voraussetzung, es werden in das Bundesgrundgesetz die deutschen Grundrechte unter den durch den Zweck einer allseitigen Vereinbarung gebotenen Modifikationen ausdrücklich aufgenommen werden). g) Wiederholung des Eides am 15. März 1850. h) Erklärung der Regierungskommission an die Kommission der Landesversammlung vom 17. April 1850 (Grundrechte, deren Gültigkeit als Landesgesetz ausgesprochen ist). i) Eine Aeußerung des Ministers des Auswärtigen am 24. Mai 1850 (wir werden die Durchführung der Grundrechte nicht aufgeben etc.). j) Minister des Innern: es kann nicht geleugnet werden, daß die gesetzgebenden Gewalten darüber unter sich einverstanden waren, daß die Grundrechte in Württemberg Landesgesetz seyen etc.). k) Daß auch das gegenwärtige Ministerium an die Grundrechte sich gebunden erachtet, ist daraus zu schließen, daß bei der Eröffnung der dritten verfassungsberatenden Versammlung die bei den zwei vorhergehenden Landesversammlungen vorgeschriebene Eidesformel beibehalten wurde. Das Ergebnis der Verhandlung war die Annahme der Kommissionsanträge. Wir heben aus einzelnen Reden folgende Hauptmomente hervor. Der erste Redner gegen den Antrag auf Gültigkeitserklärung war der Hr. v. Warthölzer. Wenn er gegen einen Antrag spreche, dem die Mehrheit gewiß sey, gegen eine Sache, die die öffentliche Meinung für sich habe, so werde man um so mehr anerkennen, daß er nur aus Ueberzeugung spreche. Diese seine Ueberzeugung sey den Grundrechten nicht günstig; sie hätten das Zustandekommen eines deutschen Reichs zu ihrer Voraussetzung gehabt; so mangelhaft sie seyen, um diesen Preis hätte er doch sie angenommen. Statt dessen aber seyen sie das Grab der deutschen Freiheit geworden, und um so weniger vermöge er jetzt ihnen eine paritäre Stellung für Württemberg zuzuerkennen. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Aristokratie ein notwendiges Element im Staate sey, verwerfe er die Grundrechte als unvereinbar mit diesem Element; er verwerfe sie als Nationalökonom, als Freund der Ordnung; er verwerfe die Aufhebung der Stellvertretung, die Zivilcensur, die Aufhebung des Schulgeldes, ein unbefränktes Vereins- und Versammlungsrecht etc. Man sage, die Grundrechte seyen zu einem württembergischen Landesgesetz geworden und berufe sich auf die Manifestationen der Regierung nach dem Scheitern eines deutschen Reichs. Diese Manifestationen habe er nicht zu vertreten. Man sage ferner, die Grundrechte seyen in das württembergische Rechtsbewußtseyn übergegangen; er lasse dahingestellt seyn, ob das Rechtsbewußtseyn wie das Zeitbewußtseyn die Grundlage eines Rechtszustandes werden könne, der die Verfassung umstürze; er bemerke aber, daß dieses Rechtsbewußtseyn eben auf der Voraussetzung eines deutschen Reichs beruhe; die Grundrechte seyen als Reichs-, nicht als Landesgesetz in das Rechtsbewußtseyn übergegangen. Wenn man sich auf das Gesetz vom 1. Juli berufe, so sey auch dies eigentlich Nichts als die Vollziehung eines Reichsgesetzes. Derselbe Gesetz aber trete zudem noch der §. 183 der Verfassung entgegen, den man, wenn man ehrlich seyn wolle, vergeffen zu haben gestehen müsse. Die Kammer der Ständeherrn habe gegen dieses Gesetz Protest eingelegt; der §. 183 müsse daher seine Anwendung finden. Man berufe sich auf das Einführungs-gesetz; allein dieses spreche von einer Vereinbarung, die nur aus freiem Willen, nicht aus dem Diktat einer Mehrheit hervorgehen könne. Nehme man aber an, daß die Grundrechte gelten, so müsse man sie ganz gelten lassen, nicht Das, was konvenire. Schlimmer sey es, Gesetze auf das Papier zu schreiben und sie nicht auszuführen. Möge man aber die

Grundrechte anerkennen oder nicht, so sey zu bedenken, daß die Hauptsache um die Ständerechte sich drehe; diese seyen aber durch den Artikel 14 der Bundesakte garantiert. Seyen die Grundrechte Reichsgesetz, so könne der Bund sie aufheben; nenne man sie ein Landesgesetz, so dürfe dieses nicht mit dem Bundesgesetz im Widerspruch stehen. Er sey Aristokrat; allein er erkläre, daß er seinem Stande eine andere Stellung wünsche, als die alte, und sey nicht prinzipiell gegen alle Grundrechte, die er immerhin als einen Keilschaden betrachten werde.

Schoder beruft sich darauf, daß in Württemberg die Grundrechte von drei Landesversammlungen beschworen seyen, daß die Gerichte und die Administrativbehörden in ihren Entscheidungen sich auf sie stützen. Gegen eine Abänderung der Grundrechte müsse er sich gleichfalls erklären; die in ihnen zugesicherten politischen Rechte dürften nicht verkümmert werden. (Diese Rechte sind freilich mitunter ganz unverträglich mit einem geordneten Rechtszustand; sie reißen alle Schranken nieder, welche die Vernunft der Freiheit setzt, und führen damit zur Herrschaft der Unvernunft und permanenter Revolution.) Sie seyen eine Sühne für früher begangenes Unrecht, eine Sühne zwischen dem Volk und seinen Dynastien. Wolle man dem Volk auch dieses letzte Pfand des Friedens nehmen, so bemehne man ihm den Glauben an alle Redlichkeit und Treue.

Man glaubt Hr. Schoder mit diesen Phrasen zu blenden? Ist Etwas als der wahre Ausdruck der Mehrheit der Nationalversammlung nicht zu betrachten, so sind es diese Grundrechte. Ist irgend Etwas ein Bild und Resultat der damaligen unseligen Parteiwirren, so sind es diese Grundrechte. Ist irgend Etwas nicht das Ergebnis besonnenen staatsmännischer Weisheit und übereinstimmender Ueberzeugung aller Parteien, sondern ideologischer Phantastik und eines nicht in der Sache, sondern in Nebenwünschen beruhenden Kompromisses, so sind es diese Grundrechte. Unrecht führt man nicht mit Unrecht; den Frieden zwischen Fürst und Volk stiftet man nicht durch Grundrechte, welche den Keim des ewigen Kriegs zwischen beiden in sich tragen, durch Institutionen, welche die Demokraten in der bewußten Absicht forderten, sie als Mittel zur völligen Beseitigung der Monarchie zu gebrauchen, und welche die Monarchisten sich nur gefallen ließen in der, freilich eiteln, Hoffnung, durch diese Konzeption an die Demokraten wenigstens die Form des Reichs mit einheitlicher Spitze zu erhalten und mit ihrer Hilfe dieselben Grundrechte wieder zu verbessern. Wie mag man von einem „Pfand des Friedens“ von Seiten Derer sprechen, die der Monarchie bittere Feinde sind; wie von Redlichkeit und Treue von Seiten Derer, die am wenigsten geneigt waren, Frieden zu halten, so lange auch nur noch die Form der Monarchie bestand? Man würde in Deutschland erlebt haben, was Frankreich erlebte; was hat es Ludwig XVI. gehalten, daß er sich die französischen Grundrechte und die Monarchie auf breiterer demokratischer Grundlage gefallen ließ? Hr. Schoder will aber nicht nur die Gültigkeit der Grundrechte anerkennen wissen, er will auch, daß sie unverändert bleiben, und entfernt sich hierin von der Mehrheit der Kommission, welche etwaige notwendige Abänderungen nur im verfassungsmäßigen Wege bewerkstelligen will. Wir finden den Widerwillen Hrn. Schoder's gegen Aenderungen in den Grundrechten sehr begreiflich, nämlich gegen Aenderungen im konservativen, monarchischen Sinne. Ihm sind die Grundrechte nur darum lieb und werth, weil sie den Tod einer lebensfähigen Monarchie im Schooße tragen; so bald sie dahin abgeändert werden, daß sie die Monarchie stärken, statt sie zu schwächen, verlieren sie für ihn und seine Partei ihren Werth.

In diesem Sinne sind denn auch die weiteren Ausführungen des demokratischen Parteimannes gegen das Königthum von Gottes Gnaden, die Reaktion und wie die Gemeinplätze dieser hohlen Rhetorik weiter heißen. Am Schluß seiner Rede ist Hr. Schoder so herablassend, den deutschen Fürsten noch einen guten Rath zu ertheilen. „Würden sie ihr Interesse verstehen,“ sagt er, „so müßten sie sich auf den Mittelpunkt der beiden sich entgegensehenden Gegensätze stützen, nämlich auf diejenigen, welche eine Verwirklichung des Rechts der politischen Einheit und Freiheit wollen; denn in nicht ferner Zeit wird der Kampf zwischen diesen beiden Systemen aufs neue entstehen, und es wird sich dann zeigen, daß die konstitutionelle Partei am Ende noch zur Demokratie herübergezogen wird.“ Verstehen wir Hrn. Schoder recht, so setzt er die konstitutionelle Partei der demokratischen entgegen; er selbst gehört aber ja wohl zu der letzteren, wie seine Freunde Pfeifer, Zimmermann, Tafel, Süskind etc. Indem er den Fürsten nun den Rath ertheilt, sich auf den „Mittelpunkt der sich entgegensehenden Gegensätze“ zu stützen, kann er nicht gemeint seyn, sie an den Gegensatz zu weisen, den die Demokraten bilden, denen anzugehören er sich zur Ehre rechnet, und deren Bibel die Grundrechte sind. Er scheint demnach selbst zuzugeben, daß, wenn die Fürsten ihr Interesse verstehen, sie weder den Demokraten noch den Grundrechten sich anvertrauen. (Schluß folgt.)

## Deutschland.

§ Mannheim, 28. Juni. Eine neue wohlthätige Anstalt ist am 1. d. M. ins Leben getreten. Es hat sich nämlich unter dem Personal der Niederbediensteten der Post- und Eisenbahn-Betriebsverwaltung ein Verein für Unterstüzung der Wittwen und Waisen verstorbenen oder im Dienst vorzeitig verunglückter Mitglieder gebildet. Die Unterstüzung besteht in 300 fl., die den Hinterbliebenen der verstorbenen oder verunglückten und dadurch dienstunfähig gewordenen Mitglieder einmal verabreicht werden. Der Verein zählt gegenwärtig 426 Mitglieder und hat sein Wirken am 14. d. M. mit Auszahlung der gedachten Summe an die Wittve und deren vier unermöglichte Kinder des am 3. d. M. in Freiburg verstorbenen Kondukteurs Preuß begonnen. Dieses Personal, welches von der Tauber bis an den Bodensee zerstreut wohnt, hat die Verwaltung der Vereinsgeschäfte durch Eintheilung in neun Bezirke gut geregelt. Jeder Bezirk hat einen Vorsteher; das Ganze leitet ein Zentralvorsteher, der auch die Kasse führt. Der gegenseitige Wohlthätigkeitssinn dieses Personals zeigte sich schon früher bei Kollekten, die bei einigen Sterbfällen für dürftige, minderjährige Kinder veranstaltet wurden und reichlich ausfielen, obgleich es niedere Diener und meistens Familienväter waren. Besonders zeigte sich dieser gute Sinn beim Unterzeichnen der Aufnahmsliste, in welcher sich Jünglinge neben Greisen unterzeichneten, die alle gleiche Einzählung leisteten und gleiche Unterstüzung anzusprechen haben. Zur besondern Ehre gereicht es dem jungen, meist ledigen Bureaupersonal, welches sich beinahe sämmtlich aufnehmen ließ und doch die Gefahren nicht theilt, denen das Fahrpersonal ausgesetzt ist.

Dieser Verein, der keinen Fond und dessen Glieder geringe Mittel besitzen, stützt sich ganz auf den angedeuteten Wohlthätigkeitssinn seiner Mitglieder, deren erste Einlage sogleich an gedachte Waisen verabsolgt wurde. Möchte dieser Verein Beachtung und bei dem andern niedern Staatsdienerpersonal Nachahmung finden. Es würden manchem Waisen dadurch die Mittel geboten, sich in einem Geschäft auszubilden und ein würdiges Glied seiner Gemeinde und des Staats zu werden.

§ Freiburg. Die hiesige Zeitung gibt eine ausführliche Schilderung des dem Hrn. Geh. Rath v. Hirscher von den Studenten gebrachten Fackelzugs. Wir entnehmen derselben die Antwort des gefeierten Kirchenlehrers auf die Anrede des Sprechers der Deputation. Sie lautete:

„Ich danke Ihnen, meine Herren, für die Ehre, die Sie mir erwiesen, und für die Freude, die Sie mir gemacht haben. Ich schlage zwar meine Person nicht so hoch an, daß ich sie einer solchen Ehrenbezeugung würdig hielte; aber ich halte diese Genußnahme der Herren Studirenden für eine Genugthuung für die Angriffe und Schmähungen, die mir in neuester Zeit angethan wurden, jedoch nur von Soldaten, die mich mißverstanden haben; es hat Dies zwar nicht so viel zu bedeuten, und ich würde gerne noch mehr ertragen, wenn ich wüßte, daß die gute Sache dadurch gefördert würde. Fast 40 Jahre habe ich mich dem Lehramte in seinen verschiedenen Formen gewidmet, und es war immer mein einziges Streben, meinen Zuhörern den Geist des Christenthums zu erschließen; damit werde ich fortfahren, so lange mir Gott meine Kräfte erhält, die allerdings im Abnehmen sind, und so lange meine Lehrmethode meinen Zuhörern genügen wird; die Wissenschaft, die ich lehre, ist eine Wissenschaft für das Leben; sie ist nicht bloß für den Verstand, ihr Gegenstand soll in Fleisch und Blut übergehen; man hat in neuester Zeit andere Methoden wieder zur Geltung bringen wollen, die das Moralfstudium einseitig zur Verstandesfrage machen; nun, es hat jede Zeit ihre Strömungen, die kommen und gehen, und sollte eine solche in meinem Zweige der christlichen Wissenschaft zur allgemeinen Geltung kommen, so werde ich mich ihr nicht hartnäckig widersetzen. Die Form mag sich ändern, die Wahrheit bleibt Eine, Gott, der da ist die Liebe in Ewigkeit. Ich danke Ihnen noch einmal und bitte Sie, allen Herren Theilnehmern diesen meinen herzlichsten Dank auszusprechen.“

§ Stuttgart, 27. Juni. (D. V. A. J.) Dem Bernehmen nach werden der Kronprinz und die Kronprinzessin demnächst für den Rest dieses Sommers Stuttgart verlassen und sich zu einem kurzen Besuche an den Hof zu Weimar begeben. Von da aus geht die Reise nach Lübeck und Swinemünde, wo ein k. russ. Dampfschiff die Kronprinzessin Olga nach St. Petersburg bringen wird; der Kronprinz wird zuvor noch das Seebad zu Scheveningen gebrauchen und dann gleichfalls seiner hohen Gemahlin nach Rußland folgen.

§ Darmstadt, 25. Juni. (Allg. Z.) Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß auch unsere Regierung damit umgeht, die Grundrechte wieder aufzuheben. Sie scheint nur in Verlegenheit, die rechte Formel dafür zu finden. Doch soll in den nächsten Tagen das Räthsel gelöst werden.

§ Düsseldorf, 27. Juni. Die neuesten Erscheinungen in der Rheinprovinz, die Ergebnisse der letzten Hausdurchsuchungen bei den Turnvereinen, die Gerüchte über die beabsichtigte Ankunft Klapka's, die Haltung der Presse endlich sind für bedeutend genug erachtet, um zu umfassenderer Aufsicht an-



zuspornen, und es ist demgemäß eine bekannte politische Notabilität, der Polizeidirektor Duncker, eigens von Berlin hieher gesandt. Er traf gestern hier ein und setzte heute seine Reise nach Essen fort.

Die unbeugsame Haltung der Regierung trägt bereits ihre Früchte. Der hiesige Kreistag ist gestern obermals einberufen gewesen und nochmals zur Vornahme der ihm angeordneten Wahl aufgefordert, deren Vornahme er das erste Mal verweigert hatte. Diesmal hat er sie mit Einheit der Stimmen vollzogen.

**Hannover, 20. Juni. (N. Fr. Ztg.)** Der Waterloo-Tag wurde am 18. Juni, wie in den letzten Jahren, durch eine Gesellschaft von 46 Waterloo-Männern, unter denen auch der preussische Gesandte, General Graf Rostiz, gefeiert. Nachdem die Gesundheit des Königs, des kön. Hauses, des Herzogs von Wellington u. getrunken worden war, brachte der Kriegsminister General Jacobi die Gesundheit des Grafen von Rostiz aus und sagte am Schluss seiner Rede: „Knüpfen wir an die Gegenwart an die Vergangenheit, so begrüßen wir in ihm den Repräsentanten Sr. Maj. des Königs von Preußen, auf den ganz Norddeutschland und so auch Hannover mit Vertrauen und Hoffnung hinblickt, daß er zur Lösung der Wirren, in denen Deutschland noch theilweise befangen ist, auf eine befriedigende Art beitragen werde; — ja, wir sprechen die Zuversicht aus, daß Deutschland bald wieder einig und stark wie 1815 seyn werde, und daß, wenn jemals die deutsche Heere gegen feindlichen Angriff zum Kampf gerufen werden, dieselbe Einigkeit, dieselbe treue Waffenkammeradschaft unter den Truppen Preußens, Hannovers, und des ganzen Deutschlands stattfinden werde, wie sie es in den Tagen war, deren Andenken wir heute feiern!“

Graf Rostiz sprach in seiner Erwiderung gleichfalls den Wunsch und die Hoffnung aus, daß Hannover und Preußen wie früher auch fortan gemeinsam gehen und so die Einigkeit und Einheit Deutschlands befestigen würden.

**Berlin, 26. Juni. (D. P. A. Z.)** Neuester Vernehmen nach beruht die in Nr. 12140 u. f. der „Börsenhalle“ veröffentlichte „Denkschrift über das Projekt einer gemeinsamen männlichen Erbfolge in Dänemark und Schleswig-Holstein“, wie das Projekt selbst, nicht auf authentischen Daten. Dagegen kann mit ziemlicher Bestimmtheit versichert werden, daß die Succession durch einen Familienakt geregelt werden wird, bei dem begründete und anerkannte Rechte gebührend berücksichtigt werden sollen. Dies scheint in Warschau schon vor dem Prinzen von Preußen Anwesenheit in dieser Stadt verabredet worden zu seyn, und es ist sehr zu wünschen, daß keine neuen Schwierigkeiten einer eventuellen Verständigung entgegenreten.

**Berlin, 27. Juni. (L. C.)** Graf Arnim-Boitzenburg ist von seiner Reise nach Verona hieher zurückgekehrt. Die Rückkehr des Grafen wurde zur Zeit noch nicht erwartet.

Die Bundes-Militärkommission in Frankfurt entfaltet eine lebhafteste Thätigkeit. Dem Vernehmen nach werden sehr bald von dort aus Inspektionen der Truppen der einzelnen deutschen Staaten vorgenommen werden, namentlich soll zunächst eine Besichtigung der kleinen Bundeskontingente stattfinden.

**Wien, 24. Juni. Die „L. Z. C.“** meldet: Der Herzog von Nemours befindet sich seit mehreren Tagen hier bei seinem Schwiegervater, dem Herzog Ferdinand von Koburg, welcher bereits so weit hergestellt ist, daß er täglich Spazierfahrten macht.

Der Herzog von Bordeaux ist bereits von seinem Ausflug nach Pesti wieder in Frohsdorf eingetroffen.

**Wien, 25. Juni.** Wie die „Dester. Corresp.“ meldet, ist der galizische Bauernprophet Piesch aus dem Tarnower Kreis wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da sich bei der Untersuchung nichts Strafbares gegen ihn erweisen ließ. Ferner wird gemeldet, daß Bauern bewaffnet in der Gegend der Niemirowskischen Güter sich zusammenrotteten und verlangten, daß sich ihnen die übrigen Gemeinden anschließen sollen. Der Ortsmandatar hat mit Hilfe einiger Gendarmen 15 bis 20 der Aufrührer verhaftet und dem Kreisgericht übergeben. Die übrigen Bauernhaufen haben jedoch, bevor die kommandirte Militärabtheilung zur Stelle kam, sich gänzlich zerstreut. Vergebens sucht man in den österreichischen Blättern nach Aufklärung über die Ursachen dieser Bewegungen der Bauern. Uebrigens scheint der Aufruhr ganz lokal zu seyn und keine große Gefahr befürchten zu lassen, sonst würde nicht eben jetzt der Kaiser Galizien bereisen. Da die Nachrichten von den Bauernzusammenrottungen über Schlesien und Posen (durch den polnischen Conic) zuerst nach Deutschland gelangen, so war es wohl natürlich, daß sie nach dem üblichen Gebrauch der dortigen Zeitungen im höchsten Grade übertrieben wurden.

**Innsbruck, 26. Juni. (Innsbr. Ztg. u. Tiroler Vote.)** Wir sind in der Lage, folgende freudige Nachricht zu liefern: Der Bau der Eisenbahn von München über Rosenheim nach Salzburg und mit der Zweigbahn nach Kufstein wird von Seite Bayerns sofort, und eben so von Seite Oesterreichs der Bau von Innsbruck bis Kufstein und von Salzburg bis Bruck an der Mur in Angriff genommen, und der Bau bis Salzburg nur bis längstens 1. Mai 1856 fertig seyn. Eben so beginnt zu gleicher Zeit der Bau von Verona bis Bogen, und der Bau von Regensburg bis an die Gränze von Oesterreich, von wo Oesterreich denselben gleichzeitig einstreifen bis Linz und in der Folge bis Wien fortführen wird. Diese weiteren Bauten müssen alle bis 1858 fertig seyn. Dieses Alles ist am 21. Juni d. J. zu Wien von den österreichischen und bayerischen Unterhandelnden gegenseitig vertragmäßig unterfertigt worden, und es ist zu hoffen, daß die allerhöchste Sanction von Seite der Monarchen beider Staaten baldigst erfolgen wird.

#### Oesterreichische Monarchie.

**Pesti, 21. Juni. (L. Bl. a. B.)** In Erlau hatten vor einigen Tagen zahlreiche Verhaftungen statt, da man einem

Komplotte gegen die Regierung auf die Spur gekommen seyn soll. Die Verschwornen hatten ihre Zusammenkünfte in einem Keller, und bestanden größtentheils aus Kosuthianern, die dessen Angehörigen mit zahlreichen Eisen's Huldigungen brachten. Unzufriedenheit mit den Verwaltungsmaßregeln, besonders mit den hier in Ungarn früher nicht gekannten zahlreichen Steuern und Auflagen, sollen das Hauptmotiv hiezu gegeben haben. Unbegreiflich ist der Leichtsin, mit dem man sich jetzt noch immer an solche thörichte, ganz hoffnungslose Unternehmungen wagt, die nur geeignet sind, die Ausnahmeseize im Lande recht lange aufrecht zu erhalten, die Rückkehr zur gesetzlichen Ordnung zu erschweren, und ihren eigenen Urhebern sammt ihren Angehörigen Verderben zu bereiten. Es wurde sogleich ein Auditor des Pesther Kriegsgerichts an den Schauplatz hingesendet, und eine bedeutende Zahl der Verhafteten, wie es heißt, 30 bis 40, sind bereits in das Neugebäude nach Pesti abgeführt, um daselbst der kriegsrechtlichen Behandlung unterzogen zu werden. Die Zahl der minder Kompromittirten soll noch um ein Bedeutendes größer seyn. — Auch in Schennis hat man ein kleines Waffendepot, das dort verborgen lag, entdeckt und besonders viele schöne Gewehre und Doppelläufe dabei gefunden.

#### Italien.

\* Wir entnehmen einem Privatschreiben aus Florenz vom 20. Juni Folgendes: „Die Bemühungen der Mazzinischen Partei haben Erfolg gehabt. Ein wegen seiner demokratischen Gesinnungen bekannter Advokat hat eine Reise nach Livorno, Florenz, und Siena gemacht, und es ist ihm gelungen, die verschiedenen Rancoren der republikanischen Partei, welche die Oberhoheit Mazzini's nicht anerkennen wollten, zu vereinigen. Alle werden jetzt in einem gemeinschaftlichen Interesse unter der Direction des Zentralkomitees von London handeln.“

**Rom, 20. Juni. (Allg. Ztg.)** Die gestrige Frohnleichnamspredigt ward in ihrem kirchlichen Theil mit der hergebrachten Regelmäßigkeit vollzogen. Der Pabst von S. Peter war zahlreich mit französischem Militär besetzt, das auch während der Feier mehrmals seine Stellung veränderte. Man glaubt Dies aus der Besorgnis erklären zu müssen, die man für das Leben des Generals Gemoau gehegt haben soll, indem ihm Tags vorher die Nachricht von einem beabsichtigten Attentate zugekommen sey.

Die Franzosen erwarten bedeutende Verstärkungen, was schon aus der Masse neuer Lokalitäten hervorgeht, die sie requiriren. Man spricht vom Pallast des Ducinal und der Consulta, der Kaserne bei Porta del Popolo und vom Kriegsministerium, dem Pallast des Handelsministeriums, und mehreren Klöstern.

**Turin, 22. Juni. (D. P. A. Z.)** Der k. l. Provinzialchirurg Dr. Ciceri in Mailand, welcher sich mit dem Verkauf Mazzinischer Anlebensscheine befaste, wurde des Amtes verlustig erklärt und zu einem zehnjährigen Festungsarrest verurtheilt.

#### Frankreich.

\*\* **Paris, 24. Juni.** Es ist nicht ohne Interesse, die Rundgebungen der englischen Presse über die demaligen Fragen des Tages in Frankreich zu betrachten. Hierbei zeigt sich denn, daß gerade der Theil derselben, der zu dem Kabinett von St. James in näherer oder entfernterer Beziehung steht, entschieden für die Fortdauer des Provisoriums mit Ludwig Napoleon als Präsidenten sich ausspricht. Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß diese Sympathien für den Präsidenten und das demalige Provisorium weit weniger in der zärtlichen Theilnahme für das Wohl Frankreichs, als in dem Vortheil für die Interessen Englands ihren Grund haben. Der hat die politischen Rücksichten noch nicht ausgesprochen, der da glauben kann, daß es England um bürgerliche oder religiöse Freiheit zu thun sey; daß es seine Mission darin finde, sie auf der ganzen Erde zu verbreiten. Die berühmte Phrase des sonst großen Kanonik wiegt nicht schwerer, als die Versicherung Lord Palmerston's, daß ihm die konstitutionelle Freiheit in Portugal über Alles theuer sey. Was nun Frankreich betrifft, so weiß England recht wohl, daß, so lange der Alp der Republik auf jenem liegt, das Land im Innern zerrissen, in steter Gefahr des Bürgerkriegs schwebt, seine Machtentwicklung nach außen gelähmt, seine Bedeutung im europäischen Staatenverhältnis verringert ist. Die Rivalität Englands und Frankreichs ist nicht erloschen; wenn jenes den demaligen Zustand des letztern verlängert wünscht, so darf man sicher annehmen, daß es ihn nicht für Frankreich, sondern für England vortheilhaft hält. Der Engländer weiß die Vortheile, die der feste Bau seiner geschichtlichen Monarchie und die dadurch bedingte Ruhe und Freiheit der Bewegung ihm sichert, zu gut zu würdigen, als daß er die Zustände seines Rivalen, die den Keim innerer Zerrüttung, Lähmung nach innen und außen in sich tragen, nicht lieber haben sollte, als die Rückkehr zu Zuständen, die Frankreich seine Ruhe wiedergeben. So lang aber Frankreich in seinem jetzigen Zustande ist, so lang ist auch die Ruhe des Kontinents bedroht und dadurch die freie Aktion der Kontinentalpolitik, insofern sie englischen Interessen entgegentritt, gelähmt. Darum patronisirt England den Radikalismus in der Schweiz, in Italien, in Portugal u. So wie in Frankreich die Revolution machtlos geworden, stirbt sie von selbst in den angrenzenden Staaten ab. Warum sollte England nicht wünschen, daß Frankreich noch länger ihm den Dienst erweise, sich selbst und den Kontinent zu schwächen? Warum sollte es nicht die Pläne des Präsidenten begünstigen, da es voraussetzt, daß ihre Verfolgung Frankreich die Ruhe nicht wiedergeben, daß seine Stellung mehr und mehr eine bestrittene seyn wird? Schon wird L. Napoleon zu Konzeptionen an die Massen hingedrängt; wie wird er noch länger das Symbol der Ordnung seyn können? England erkennt Dies, und darum ist es donapartistisch. Wäre in L. Napoleon vorauszusetzen, daß er die Rolle seines Oheims Eng-

land gegenüber spielen und Frankreich zu ähnlicher Macht erheben würde, so würde er die Sympathien John Bull's und seiner Organe nicht haben.

+ **Paris, 27. Juni.** Man erzählt sich, daß Dr. Veron seinen famosen Artikel über die Reformen zu Gunsten des Volkes, die der Präsident der Republik, wenn er erst einmal wiedergewählt sey, ins Leben rufen werde, in Folge eines Mittagessens, zu dem er alle Minister und Lord Normanby eingeladen hatte, der Dessenlichkeit übergeben ließ, und man fragt sich daher, ob in dieser geheimen Zusammenkunft vielleicht der Versuch einer neuen Politik verabredet worden ist.

Verbindungen zum thätigsten Auftreten gegen anarchische Bewegungen, wovon wir kürzlich Beispiele erwähnten, sollen sich nach der „Independance Belge“ noch in einer Reihe anderer Departemente gebildet haben, namentlich in denen von La Manche, Calvados, untere Seine. Auf die erste Nachricht von Unruhen in Paris eilt man zu den Sammelplätzen zur Unterstützung der Behörden und der Armee. Gleiches wird von den Departementen der Mitte und von Burgund gemeldet.

Man spricht viel von einem langen Memorandum, das Salbanha an das französische Kabinett und die übrigen Unterzeichner des Vertrags der Quadrupelallianz gesandt hat. In demselben sucht Salbanha sein Auftreten zu rechtfertigen, und gibt Aufschlüsse über die Politik, die er in Zukunft zu verfolgen gedenkt.

Man versichert, daß in Folge aus Rom kürzlich hier eingetroffener Nachrichten mehrere italienische Flüchtlinge verhaftet worden sind.

Von 20 Repräsentanten der Majorität werden zu Eröffnung der heutigen Sitzung der Nationalversammlung Petitionen um Revision der Verfassung mit und ohne Bezugnahme auf die Präsidentschaftsverlängerung, und von 6 Mitgliedern der Minorität Petitionen um Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts überreicht. Sodann legt Sainte Beuve seine Entwicklungen über das Freihandelsystem fort, die er mit den Worten beendet: „Wenn es wahr ist, daß alle Revolutionen ein Unglück sind, so sind doch die schlimmsten darunter diejenigen, die keinerlei Resultat herbeiführen.“ Thiers ergrift sodann das Wort, um das Freihandelsystem zu bekämpfen. „Seit 30 Jahren“, sagt er u. A., „wo ich mich mit den öffentlichen Angelegenheiten meines Vaterlandes beschäftige, hat sich meine Ueberzeugung nicht geändert: man hat in wenigen Stunden eine Regierung untergehen sehen, man würde eben so in wenigen Stunden den ganzen Wohlstand Frankreichs untergehen sehen, wenn eine einzige der vor Ihnen entwickelten Ideen angenommen würde.“

**Paris, 28. Juni.** In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erhält nach Ueberrückung von Petitionen Horvyn Trenchères, Anhänger des Freihandelsystems, das Wort, um die gestrige Rede von Thiers zu bekämpfen. Er macht dabei den Gedanken geltend, daß das Schutzollsystem in seiner Konsequenz schnurstracks zum Recht auf Arbeit führt, und zitiert eine Rede von Billault aus der Konstituierenden, wo derselbe in der That, um das Prinzip des Rechts auf Arbeit zu vertheidigen, sich auf die bestehende Douaneneinrichtung beruft, die für wenige Personen und wenige Industrien thue, was eigentlich der Staat für Alle thun müsse.

Der Finanzminister Fould befragt sodann die Tribüne, um in Abwesenheit des Handelsministers Buffet eine Erklärung der Regierung über die schwebende Frage vorzulesen: „Es ist die Pflicht der Regierung, ihre Meinung zu sagen. Die Revolutionen können wohl die politischen Einrichtungen eines Landes, keineswegs aber seine permanenten, in der Vergangenheit und Gegenwart wurzelnden Interessen ändern. Die einzig anwendbare Politik ist diejenige, die, ohne den Fortschritt auszuschließen, sich an die nationalen Ueberlieferungen hält, und nicht eine Augenblickspolitik. In Allem, was das Zollsystem betrifft, ist jede plötzliche Neuerung sowohl für die Industrie, wie für den Staatsschatz gefährlich. Unser Zollsystem enthält allerdings unnütze und veraltete Einfuhrverbote. Allein im Allgemeinen sind die Schutzölle unsern Industrien notwendig und müssen energisch aufrecht erhalten werden. Der Gesetgevorschlag des Hrn. Sainte Beuve vernichtet diese Garantien gänzlich, und seine Inbetrachtung würde das Land in große Unruhe versetzen. Der Grundtag des Freihandelsystems: jedes Land muß Das speziell produziren, was die Natur ihm gestattet hat, zum wohlfeilsten Preise zu liefern! ist ferner mit der Unabhängigkeit und Sicherheit einer großen Nation unverträglich. Der Regierung steht es zu, noch eine letzte Mäßigkeit gegen den Gesetgevorschlag hinzuzufügen, die Hr. Thiers nicht geltend gemacht hat: daß er nämlich unter den gegenwärtigen Umständen sowohl in Betreff der Industrien als des Staatsschatzes ganz unausführbar ist, zumal man in Gemäßheit des allgemeinen Zustandes des Landes nicht hoffen könnte, in der erhöhten Konjunktur einen Ersatz zu finden.“ Sainte Beuve und Thiers tauschen hierauf noch nachträgliche Betrachtungen über die von ihnen vertheidigten, entgegengesetzten Systeme aus.

#### Portugal.

(Basl. Z.) Die neuesten Nachrichten aus Lissabon, 19., und Oporto, 20., ergeben Folgendes: Die contrerevolutionären Bewegungen in Eivas und anderen Plätzen sollen sich darauf beschränken, daß die dortigen Beamten sich weigerten, den Leuten, welchen Salbanha, um sie von sich zu entfernen, Stellen gegeben hat, dieselben abzutreten, sondern sie vielmehr fortsetzten, was einigen Tumult veranlaßt habe. Salbanha hat nicht weniger als 566 Offiziersbeförderungen vorgenommen, und die 20,000 Mann starke Armee soll jetzt 2600 Offiziere zählen.

In der Zivilverwaltung war Salbanha weniger freigebig; er soll nämlich einsehen, daß es nicht möglich sey, alle seine Anhänger mit Stellen zu befriedigen, ohne gefährliche Unzufriedenheit zu erregen. Die Finanzen seyen im jämmerlichen Zustande; um Kredit zu erhalten, mußte die Regierung den Darleibern neben Rückzahlung in 12 Monaten einen Ge-



Staatsbürgerrecht für verlustig erklärt werden wird.

Oberkirch, den 27. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
P f i s s e r.

D.590. Nr. 7509. Ueberlingen. (Aufforderung.) Da der Konfessionspflichtige Karl Friedrich Maier von Ueberlingen bei der Rekrutenaushebung sich nicht gestellt hat, so wird derselbe aufgefordert, sich binnen 6 Wochen dazier zu stellen und zu verantworten, widrigenfalls er des Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in die Strafe der Rekraktion verurtheilt werden soll. — Ueberlingen, 25. Juni 1851. Großh. bad. Bezirksamt. S c h o l l.

D.607. Nr. 12,141. Walldürn. (Aufforderung.) Der Bürger Johann Wendel Perold von Pfälzingen hat sich in der Absicht, nach Amerika auszuwandern, heimlich von Hause entfernt, und wird nunmehr aufgefordert, binnen 6 Wochen sich dazier zu stellen, in dem er sonst unter Verfallung in die Kosten des Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt wird.  
Walldürn, den 20. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
R e f f.

D.592. Nr. 11,496. Wolfach. (Aufforderung.) Severin Eisenmann von Oberharmersbach, der vor 14 Tagen seinen Heimathort verlassen und in die Fremde gegangen, soll in einer hier anhängigen Untersuchung einvernommen werden. Derselbe wird auf diesem Wege aufgefordert, seinen Aufenthaltsort binnen 14 Tagen anzuzeigen. Zugleich erluden wir sämtliche Polizeibehörden, die Kunde von dem Aufenthaltsort des Severin Eisenmann erhalten, uns diesen sofort mitzutheilen.  
Wolfach, den 24. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
W o l f a c h.

D.562. [3] 2. Nr. 27,866. Mosbach. (Straferkenntnis.) Da sich Heinrich Schringer von Pfaffenheim auf die diesseitige Aufforderung vom 16. Mai d. J., Nr. 21,472, nicht stellt, noch sonst verantwortlich hat, wird er des Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt, und unter Verurteilung in die Kosten in eine Strafe von 500 fl. verurteilt.  
Mosbach, den 24. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
S u l f e r.

D.596. Nr. 13,629. Konstanz. (Urtheil.) Der vormalige Lieutenant Arthur Balbach aus Karlsruhe wurde durch hiesiges Urtheil vom 28. Mai d. J., Nr. 5899, I. Senat, wegen Theilnahme am Hochverrat für schuldig erklärt, und deshalb zur Erhebung einer gemeinen Zuchthausstrafe von 3 Jahren, oder von zwei Jahren Einzelhaft, zum Ersatz des dadurch verursachten Schadens unter sammtverbindlicher Haftbarkeit mit den übrigen Theilnehmern am Aufstande, sowie in die Untersuchungs- und Strafverfolgungskosten verurtheilt; was dem flüchtigen Angeklagten hiermit eröffnet wird.  
Konstanz, den 27. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
S a m b u r g e r.

D.611. Nr. 25,313. Heidelberg. (Veranntmachung.) Die Forderung gr. Amtskasse hier an Johann Georg Erny von Kirchheim ad 12 fl. 51 kr. Untersuchungskosten betr.  
H e i d e l b e r g.

Das durch Beschluß vom 10. Mai d. J., Nr. 21,374, mit Beschlag belegte Guthaben bei Adam Kalkschmitt in Kirchheim wird der großh. Amtskasse hier an Zahlungssatz zugewiesen.  
Dies wird dem flüchtigen Joh. G. Erny auf diesem Wege bekannt gemacht.  
Heidelberg, den 26. Juni 1851.  
Großh. bad. Oberamt.  
G r o h e.

D.487. [3] 3. Nr. 24,956. Mosbach. (Arrestverfügung und Zahlungsbefehl.) In Sachen der großh. Generalkassakasse in Karlsruhe gegen Franz Zipf vom Hardhof, Forderung von 300,000 fl. Ersatz.  
Auf Antrag des Klägers ergeht  
B e s c h l u ß.  
1) Wird für den Betrag der Klagerforderung ad 300,000 fl. Arrest auf das Guthaben des Beklagten bei Jakob Kippmann vom Hardhof angelegt und demselben aufgegeben, den mit Arrest belegten Betrag bei Vermeidung doppelter Zahlung bis zu ergehender weiterer Verfügung nicht auszugeben.  
2) Nachricht dem Beklagten mit der Auflage, binnen 4 Wochen den klagenden Theil um so gewisser zu befriedigen, als sonst demselben das mit Arrest belegte Guthaben an Zahlungssatz zugewiesen werden wird.  
Mosbach, den 6. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
N o b e r.

D.277. [3] 3. Nr. 3843. Dinglingen. Oberamt's Laßr. (Erbborladung.) Jakob Ernst, der sich als Handlungsgesellschafter vor 12 Jahren von Haus entfernt und bisher keine Nachricht von seinem Aufenthaltsort gegeben hat, ist zur Erbschaft seiner Mutter, Magdalena Schmidt, gewesenen Ehefrau des Jakob Ernst in Dinglingen, berufen. Derselbe oder seine etwaige Abkommlinge werden aufgefordert, sich zum Antritt des Erbes binnen drei Monaten entweder in Person oder durch einen Bevollmächtigten dazier zu melden, widrigenfalls der Nachlaß unter die übrigen Kinder vertheilt werden wird.  
Laßr., den 14. Juni 1851.  
Großh. bad. Amtsdirektorat.  
P l a t e r.

D.588. [3] 1. Nr. 1167. Mannheim. (Erbborladung.) Johann Wagenblat, ehemaliger Kantonschreiber, vor ungefähr 12 Jahren nach Nordamerika ausgewandert, wird hiemit zur Geltendmachung seiner Ansprüche an den Nachlaß seiner am 10. Mai l. J. dahier verstorbenen Ehefrau, Katharina, geborne Wörbach, binnen 6 Monaten unter dem Bedeuten vorgeladen, daß außerdem derselbe unter die gemeldeten Erben vertheilt werde.  
Mannheim, den 2. Juni 1851.  
Großh. bad. Stadtdirektorat.  
W i n t e r.

D.275. [3] 3. Nr. 4694. Staufen. (Erbborladung.) Auf den Tod der Michael Tröschler's Witwe, Katharina Meier von Bollschweil, ist deren Sohn Aaver Tröschler zu Erbschaft berufen. Da dessen Aufenthalt zur Zeit nicht bekannt ist, so wird derselbe auf diesem Wege aufgefordert, binnen drei Monaten de dato an gerechnet, bei unterfertigter Stelle sich zu melden und seine Erbschaftsprüche geltend zu machen, widrigenfalls nach Ablauf dieses Termins die Erbschaft jenen Personen zugetheilt wird, denen sie zukommen würde, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.  
Staufen, den 12. Juni 1851.  
Großh. bad. Amtsdirektorat.  
L e m b k e.

C.181. [3] 3. Billingen. (Erbborladung.) Die Rechtsnachfolger des dahier verstorbenen Franz Joseph Mahler Wittwer sind zu dessen Erbschaft berufen, und es ist deren Aufenthalt hier unbekannt. Dieselben werden nun aufgefordert, sich binnen 3 Monaten bei diesseitiger Stelle um so gewisser zu melden, als im Unterlassungsfalle die Erbschaft lediglich denjenigen zugewiesen werden würde, welchen sie zufälle, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.  
Billingen, den 26. April 1851.  
Großh. bad. Amtsdirektorat.  
W i n g l e r.

D.525. [3] 2. Nr. 7388. Rheinischhofheim. (Veranntmachung.) Am 7. Dezember v. J. ging in Holzhausen Michael Stahl's Weib, Salomea, geb. Zoff, mit Tod ab, ohne zu ihrem Vermögen von 184 fl. 41 kr. bekannte erbfähige Nachkommen oder Verwandte zu hinterlassen.  
Wer nun an diese Verlassenschaftsmasse gesetzliche Erbschaftsprüche zu haben glaubt, hat solche binnen vier Wochen dazier zu begründen, widrigenfalls die großh. Generalkassakasse nach ihrem Antrag in Besitz und Gewäß dieses Vermögens eingewiesen werden wird. — Rheinischhofheim, den 16. Juni 1851. Großh. bad. Bezirksamt. E r t e r.

D.486. [3] 3. Nr. 19,175 und 20,162. Bruchsal. (Gläubigeraufruf.) Weggeheimer Johann Eduard Bopp von Bruchsal und Pabelsman Nathan J. Baer von Untergrambach wollen, und zwar letzterer mit Familie, nach Amerika auswandern. Allenfallsige Forderungen an dieselben sind Montag, den 7. Juli d. J., Vormittags 8 Uhr, dazier anzumelden, da später zu deren Zahlung nicht mehr verhoffen werden kann.  
Bruchsal, den 23. Juni 1851.  
Großh. bad. Oberamt.  
L e i b e n.

D.616. Nr. 24,033. Rastatt. (Schuldenliquidation.) Der ledige Augustin Ulrich von Hügelsheim hat sich entschlossen, nach Amerika auszuwandern; es wird deshalb Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf Freitag, den 11. Juli d. J., Vormittags 9 Uhr, anberaumt, in welcher etwaige Gläubiger ihre Forderungen anzumelden haben, bei Vermeidung der ihnen durch den Wegzug zugehenden Nachteile.  
Rastatt, den 26. Juni 1851.  
Großh. bad. Oberamt.  
v. H e n n i n.

D.609. Nr. 12,062. Walldürn. (Schuldenliquidation.) Der Bürger und Kondebitor Josef Frey von Walldürn hat mit seiner Frau um Erlaubnis zur Auswanderung nach Amerika nachgesucht. Seine Gläubiger werden deshalb aufgefordert, ihre Ansprüche an denselben am Dienstag, den 15. Juli d. J., Morgens 8 Uhr, auf diesseitigem Bureau um so gewisser anzumelden, als ihnen sonst später von hier aus zu ihrer Befriedigung nicht mehr verhoffen werden kann.  
Walldürn, den 24. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
R e f f.

D.608. Nr. 12,061. Walldürn. (Schuldenliquidation.) Der Bürger und Kondebitor Johann Joseph Verberich von Walldürn hat mit seiner Ehefrau um Erlaubnis zur Auswanderung nach Amerika nachgesucht. Seine Gläubiger werden deshalb aufgefordert, ihre Ansprüche an denselben am Dienstag, den 15. Juli d. J., Morgens 8 Uhr, auf diesseitigem Bureau um so gewisser anzumelden, als ihnen sonst später von hier aus zu ihrer Befriedigung nicht mehr verhoffen werden kann.  
Walldürn, den 24. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
R e f f.

D.594. Nr. 10,105. Korf. (Schuldenliquidation.) Die ledige, volljährige Katharina Krieg von Kegelsburt beabsichtigt mit ihren beiden Kindern nach Nordamerika auszuwandern. Es wird Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf Mittwoch, den 9. Juli l. J., früh 10 Uhr, anberaumt, wozu die etwaigen Gläubiger der Katharina Krieg mit dem Ansuchen vorgeladen sind, daß bei ihrem Ausbleiben ihnen später von hier aus nicht mehr zu ihrem Guthaben verhoffen werden könnte.  
Korf, den 25. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
v. H u n o l f e i n.

D.614. Nr. 22,023. Forzheim. (Schuldenliquidation.) Die Müller Theodor Freundschen Eheleute von Weissenstein wollen nach Amerika auswandern. Es werden deshalb deren Gläubiger aufgefordert, ihre Ansprüche in der Tagfahrt am Samstag, den 12. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr, um so gewisser anzumelden, als wir ihnen sonst nicht zur Befriedigung verhoffen könnten.  
Forzheim, den 25. Juni 1851.  
Großh. bad. Oberamt.  
F e c h t.

D.589. Nr. 30,241. Ettenheim. (Schuldenliquidation.) Pabelsman Elias Ellenbogen von Ruff hat sich entschlossen, mit seiner Familie nach Nordamerika auszuwandern; es werden daher alle jene, welche Anforderungen an dieselben zu machen haben, aufgefordert, diese

Donnerstag, den 10. Juli d. J., Nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathhause zu Ruff vor dem Distriktsnotar Thurn um so gewisser richtig zu stellen, als ihnen sonst nicht mehr zur Zahlung verhoffen werden könnte.  
Ettenheim, den 28. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
S t i g l e r.

D.605. [3] 1. Nr. 19,500. Freiburg. (Schuldenliquidation.) Gegen Gregor Burkart's Verlassenschaft von Erbringen haben wir Gant erkannt, und Tagfahrt zum Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf Donnerstag, den 17. Juli d. J., auf diesseitiger Amtskanzlei festgesetzt; wo alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Masse zu machen gedenken, solche bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte, welche sie geltend machen wollen, zu bezeichnen haben, und zwar mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln.  
Zugleich werden in der Tagfahrt ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, Borg- und Nachlassvergleiche verurteilt, und sollen in Bezug auf Borgvergleiche und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerausschlusses die Nichterscheinen als der Mehrheit der Erschienenen beitreten angesehen werden.  
Freiburg, den 12. Juni 1851.  
Großh. bad. Landamt.  
S t i t l e r.

D.600. [3] 1. Nr. 19,994. Freiburg. (Schuldenliquidation.) Gegen Gregor Goltner von Sölden haben wir Gant erkannt, und Tagfahrt zum Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf Donnerstag, den 24. Juli d. J., auf diesseitiger Amtskanzlei festgesetzt; wo alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Masse zu machen gedenken, solche bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte, welche sie geltend machen wollen, zu bezeichnen haben, und zwar mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln.  
Zugleich werden in der Tagfahrt ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, Borg- und Nachlassvergleiche verurteilt, und sollen in Bezug auf Borgvergleiche und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerausschlusses die Nichterscheinen als der Mehrheit der Erschienenen beitreten angesehen werden.  
Freiburg, den 17. Juni 1851.  
Großh. bad. Landamt.  
S t i t l e r.

D.409. [3] 2. Nr. 17,372. Freiburg. (Schuldenliquidation.) Gegen Gabriel Weber, Bauer von Oberried, haben wir Gant erkannt, und Tagfahrt zum Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren auf Freitag, den 11. Juli d. J., Vormittags 9 Uhr, auf diesseitiger Amtskanzlei festgesetzt, wo alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse zu machen gedenken, solche bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte, welche sie geltend machen wollen, zu bezeichnen haben, und zwar mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln.  
Zugleich werden in der Tagfahrt ein Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, Borg- und Nachlassvergleiche verurteilt, und sollen in Bezug auf Borgvergleiche und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerausschlusses die Nichterscheinen als der Mehrheit der Erschienenen beitreten angesehen werden.  
Freiburg, den 26. Mai 1851.  
Großh. bad. Landamt.  
S t i t l e r.

D.601. Nr. 22,032. Staufen. (Schuldenliquidation.) Gegen Maurer Michael Selz von Biengen haben wir Gant erkannt und zum Nichtigstellungs- und Vorzugsverfahren Tagfahrt auf Freitag, den 25. Juli d. J., früh 8 Uhr, in diesseitiger Amtskanzlei angeordnet; wobei alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Gantmasse machen wollen, solche bei Vermeidung des Ausschlusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und unter gleichzeitiger Vorlage der Beweisurkunden oder Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln ihre etwaigen Vorzugs- oder Unterpfandsrechte zu bezeichnen haben; dabei verbindet man die Anzeige, daß bei dieser Tagfahrt ein Massepfleger und Gläubigerausschuß ernannt, Borg- und Nachlassvergleiche verurteilt werden, mit dem Befehle, daß in Bezug auf Borgvergleiche und Ernennung des Massepflegers und Gläubigerausschlusses die Nichterscheinen als der Mehrheit der Erschienenen beitreten angesehen werden.  
Staufen, den 21. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
K e t t e r e r.

D.586. Nr. 12,555. Schopfheim. (Schuldenliquidation.) Gegen Schäfer Pantrag Steiger von Raibach haben wir Gant erkannt, und Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf Dienstag, den 29. Juli d. J., Vormittags 8 Uhr, angeordnet.  
Sämtliche Gläubiger werden daher aufgefordert, ihre Ansprüche an den Falliten auf gedachten Tag unter gleichzeitiger Vorlage ihrer Beweisurkunden oder Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln, mündlich oder schriftlich, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte anzumelden und etwaige Vorzugsrechte zu bezeichnen und zu begründen, bei Vermeidung des Ausschlusses von der dermaligen Masse.  
In der Tagfahrt sollen ferner über die Wahl

eines Massepflegers und Gläubigerausschlusses verhandelt, auch Borg- und Nachlassvergleiche verurteilt werden, bezüglich auf welche Punkte, mit Ausnahme eines etwa zu Stande kommenden Nachlassvergleichs, die ausbleibenden Gläubiger als der Mehrheit der Erschienenen beitreten angesehen werden würden.  
Schopfheim, den 24. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
L a c o f e.

D.563. Nr. 8066. Triberg. (Ausschlußerkennnis.) Diejenigen, welche ihre Ansprüche an die Gantmasse des Augustin Heim von Furtwangen heute nicht angemeldet haben, werden damit ausgeschlossen. Triberg, den 16. Juni 1851. Großh. bad. Bezirksamt. S e i d e n s p i n n e r.

D.573. Nr. 18,215. Bühl. (Ausschlußerkennnis.) In der Gantmasse des Ferdinand Schütt von Müllenbach werden alle diejenigen, welche in der heutigen Tagfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, von der vorhandenen Masse ausgeschlossen. Bühl, den 27. Mai 1851. Großh. bad. Bezirksamt. P e i l.

D.591. Nr. 7480. Haslach. (Ausschlußerkennnis.) In der Gantmasse des Hieronimus Beck von Steinach werden alle diejenigen Gläubiger, welche in der heutigen Schuldenliquidations-Tagfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.  
Haslach, den 24. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
M. K l e i n.

D.604. Nr. 13,585. Bonndorf. (Ausschlußerkennnis.) Alle jene Gläubiger, welche heute in der Gantmasse des Demeter Müller in Aeflingen nicht liquidirt haben, werden von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.  
Bonndorf, den 24. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
S i e b.

In Adem: M. B i n d e r.  
D.603. Nr. 22,636. Staufen. (Ausschlußerkennnis.) Die Gant des Dionys Kiefer von Pfaffenweiler betr. — werden alle diejenigen, welche heute die Anmeldung ihrer Forderungen unterlassen haben, von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.  
Staufen, den 20. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
K e t t e r e r.

D.597. Nr. 8838. Gerlachsheim. (Ausschlußerkennnis.) Die Gant des Peter Hellmut's betr. — Ausschlusserkenntnis.  
Werden alle diejenigen Gläubiger, welche in der heutigen Tagfahrt ihre Forderungen anzumelden unterlassen haben, von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.  
Gerlachsheim, den 27. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
S c h w a b.

D.599. Nr. 23,930. Laßr. (Ausschlusserkenntnis.) In der Gant des + Maurers Johann Gyperti von Kürzell werden alle diejenigen, welche in der Schuldenrichtigstellungs-Tagfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, damit von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.  
Laßr., den 25. Juni 1851.  
Großh. bad. Oberamt.  
S a c h s.

D.571. Nr. 21,560. Kenzingen. (Ausschlusserkenntnis.) In der Gantmasse des Ignaz Berlinger von Herbolzheim werden alle diejenigen Gläubiger, welche in der heutigen Schuldenliquidations-Tagfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.  
Kenzingen, den 25. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
M e i e r.

D.610. Nr. 12,083. Walldürn. (Ausschlusserkenntnis.) In der Gantmasse des Bursard Häfner von Schweinberg ergeht  
Ausschlusserkenntnis.  
Werden alle diejenigen Gläubiger, welche in heutiger Tagfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.  
Walldürn, den 12. Juni 1851.  
Großh. bad. Bezirksamt.  
S c h ä ß.

D.593. Nr. 22,941. Offenburg. (Entmündigung.) Der ledige, taubstumme Philipp Ruf von Rammerweier wurde wegen Blödsinn entmündigt und für denselben Joseph Junke von dort als Vormund bestellt, was in Beziehung auf L.R.S. 499 veröffentlicht wird.  
Offenburg, den 14. Juni 1851.  
Großh. bad. Oberamt.  
v. F a b e r.

D.612. Nr. 25,493. Rastatt. (Entmündigung.) Die ledige Karolina Stöfer von hier wurde wegen Blödsinn entmündigt, und der hiesige Bürger Franz Stöfer als deren Vormund aufgestellt; was hiermit öffentlich bekannt gemacht wird.  
Rastatt, den 26. Juni 1851.  
Großh. bad. Oberamt.  
v. H e n n i n.